

Team Wahlkompass

1. Der Spitzesteuersatz auf Einkommen soll erhöht werden.

stimme zu +1

Beleg: <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2013-03/26200748-waz-piraten-chef-schloemer-wuenscht-sich-sozial-gerechteres-steuersystem-und-bringt-vermoegensteuer-ins-gespraech-007.htm>

"Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden, um gemeinwohlorientierte und soziale Vorhaben finanzieren zu können. Etwa den Kita-Betrieb. Denkbar wäre ein höherer Spitzesteuersatz für Gutverdiener oder eine Vermögensteuer", sagte Bernd Schrömer. Dies ist allerdings noch keine offizielle Parteihaltung, da politische Äußerungen von wem auch immer ohne Beschlusslage bestenfalls als Meinung zu werten sind - anders als bei anderen Parteien.

2. Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn soll eingeführt werden.

stimme vollkommen zu +1

Beleg:

https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Bedingungsloses_Grundeinkommen_und_Mindestlohn

Bis zur Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens setzen wir uns für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein. Bis zur Festlegung der Höhe durch eine Expertenkommission fordert die Piratenpartei als kurzfristige Maßnahme die Einführung eines Mindestlohns, der sich an 60% des durchschnittlichen Jahresarbeitslohn in Deutschland im Vorjahr orientiert (z.B. 9,02 € für das Jahr 2013).

3 Unternehmen sollen frei über die Höhe von Managergehältern entscheiden können.

neutral +1

Beleg: http://www.focus.de/politik/deutschland/parteitag-der-piratenpartei-in-offenbach-piraten-gegen-begrenzung-von-manager-gehaeltern_aid_690642.html und <http://www.piratenpartei-hessen.de/piratengedanken/2013-03-04-schweizer-beschliessen-begrenzung-von-managergehaeltern>

Zwar sprach sich der Bundesparteitag der Piraten in Offenbach in 2011 gegen eine Begrenzung von Managergehältern aus, jedoch sind Äußerungen der jüngeren Zeit nach dem Schweizer Volksentscheid für eine Begrenzung gegenläufig. Eine endgültig abschließende Stellungnahme gibt es somit nicht.

4. Steuerliche Vorteile durch Eheschließung ("Ehegattensplitting") sollen unverändert beibehalten werden.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Freie_Selbstbestimmung_und_Familienfreigabe

Das Ehegattensplitting wollen wir abschaffen: Es ist ungerecht gegenüber nicht verheirateten und Alleinerziehenden, bevorzugt einseitig die Versorgerehe und übt sogar finanziellen Druck auf Paare aus, ein bestimmtes Familienmodell zu leben. Steuerliche Vergünstigungen wollen wir an die Versorgung von Kindern und pflegebedürftigen Menschen binden, um Familien direkt und gleichberechtigt zu stärken.

5 Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll eingeführt werden.

stimme vollkommen zu +1

Beleg:

https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Bedingungsloses_Grundeinkommen_und_Mindestlohn

Wir setzen uns für die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens ein, das die Ziele des „Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe“ aus unserem Parteiprogramm erfüllt. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden. Wir wollen ein passendes Konzept unter Beteiligung der Bevölkerung erarbeiten.

6. Das Betreuungsgeld soll abgeschafft und stattdessen mehr Plätze in Kindertagesstätten geschaffen werden.

stimme vollkommen zu +1

Beleg: <http://www.piratenpartei.de/2012/04/26/betreuungsgeld/>

Zuwendungen oder Steuererleichterungen, die bestehende Rollenbilder festigen, lehnen wir ab. Dazu gehört auch das Betreuungsgeld. Wir setzen uns allerdings für ein Bedingungsloses Grundeinkommen ein, das Eltern auch finanziell die Freiheit gibt, sich mehr Zeit für die Familie zu nehmen. Das Geld, das wir durch die Abschaffung des Betreuungsgeldes sparen, können wir z.B. für bessere Kitas und Schulen einsetzen.

7. Die Höhe des Arbeitslosengeldes II ist gut so wie sie ist.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg: https://wiki.piratenpartei.de/Bundesparteitag_2011.2/Antragsportal/Q039

Ein auf dem Bundesparteitag 2011 in Offenbach verabschiedetes Positionspapier fordert, dass allen Bezugsberechtigten von ALG II (Hartz4) mindestens ein Einkommen in Höhe der Armutsrisikogrenze zur Verfügung steht. Diese Schwelle lag nach Definition der EU (60% des Netto-Äquivalenzeinkommens) im Jahr 2010 für Alleinstehende bei 826 Euro.

8. Alle, auch Beamte und Freiberufler, sollen in die sozialen Versicherungssysteme einzahlen.

stimme vollkommen zu +1

Beleg: <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Finanzierung> und http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Grunds.C3.A4tzliche_Vorgehensweise_zur_Grundrente

Sowohl im Bereich der Kranken- wie der Rentenversicherung fordern wir die Einbeziehung aller Menschen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit und aller Einkommensarten zur Finanzierung.

9. Anstelle der staatlichen Rentenversicherung sollen die Menschen privat vorsorgen.

stimme nicht zu +1

Beleg: <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Finanzierung> und http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#Grunds.C3.A4tzliche_Vorgehensweise_zur_Grundrente

Wir fordern einerseits die Einbeziehung aller Menschen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit und aller Einkommensarten zur Finanzierung der Rentenversicherung, lassen andererseits private Versicherungen unter bestimmten Transparenzregeln zu. Ziel muss sein, dass ich privat versichern kann, wer will - und nicht, wer muss.

10. Das Adoptionsrecht soll heterosexuellen Paaren vorbehalten sein

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg:
http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Freie_Selbstbestimmung_und_Familienf.C3.B6rderung

Der Wunsch, eine Familie zu gründen, muss auch außerhalb des klassischen Familienbilds verwirklicht werden können. Das schließt die kassenärztliche Unterstützung bei künstlicher Befruchtung, auch bei nicht verheirateten Paaren, mit ein. Auch gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften müssen zusammen Kinder bekommen, adoptieren und aufziehen dürfen.

11. Der Islam ist nicht vereinbar mit der Werteordnung der Bundesrepublik.

stimme nicht zu +1

Beleg: Abgeleitet aus http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#F.C3.BCr_die_Vielfalt_in_der_Gesellschaft,

"Die Piratenpartei möchte Kampagnen und Initiativen unterstützen, die sich zum Ziel gesetzt haben, das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen zu verbessern, Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu fördern."

12. Öffentliche Gelder sollen nicht zur Rettung privater Banken genutzt werden.

stimme zu +1

Beleg:

https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Europ.C3.A4ische_Wirtschafts- und_W.C3.A4hrungsumunion

Zur zukünftigen Stabilisierung des europäischen Bankensektors ist eine Trennung des Geschäftsbereichs „Investment Banking“ von der übrigen Geschäftstätigkeit (Trennbanksystem) europaweit gesetzlich vorzuschreiben. Eine Sicherung des Investmentbereichs würde den Investoren anheim fallen, der klassische Bereich über die allgemeine Bankensicherung abgedeckt und nur in absoluten Ausnahmefällen noch auf staatliche Unterstützung angewiesen. Ganz ausschließen kann man sie nicht.

13. Deutsche Rüstungsfirmen sollen selbst entscheiden, welchen Ländern sie Waffen liefern.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg: Allgemeine Transparenzforderung

Nach wie vor soll der Rüstungskontrollausschuss des Deutschen Bundestages die Entscheidung darüber treffen, in welche Länder Waffen exportiert werden dürfen. Wir fordern, dass dieses Gremium öffentlich tagt, um die öffentliche Beteiligung an den Entscheidungen zu ermöglichen.

14. Es soll eine bundeseinheitliche Deckelung der Mietpreise geben.

stimme zu +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#Mietendeckelung_bei_Neuvermietung

Unsere Antwort bezieht sich auf eine relative, nicht ein absolute Deckelung. Denn es macht wenig Sinn, in der niederdeutschen Tiefebene den gleichen qm-Preis für eine Mietwohnung zu fordern, wie in München.

15. Das Kopieren und Vervielfältigen von Werken im Internet sollte grundsätzlich legal sein.

stimme vollkommen zu +1

Beleg: http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Freies_Kopieren_und_freie_Nutzung

Da sich die Kopierbarkeit von digital vorliegenden Werken technisch nicht sinnvoll einschränken lässt und die flächendeckende Durchsetzbarkeit von Verbots im privaten Lebensbereich als gescheitert betrachtet werden muss, sollen die Chancen der allgemeinen Verfügbarkeit von Werken erkannt und genutzt werden. Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken als natürlich betrachtet werden sollte und die Interessen

der meisten Urheber entgegen anders lautender Behauptungen von bestimmten Interessengruppen nicht negativ tangiert.

16. Eine gesetzliche Frauenquote für Führungspositionen in Unternehmen soll eingeführt werden.

neutral +1

Beleg:

Zur Frage nach einer möglichen Frauenquote gibt es – entgegen der verbreiteten Fehldarstellung, die Piratenpartei sei dagegen – noch keinen Beschluss. Wir sind eine basisdemokratische Partei und zu dem Thema gibt es noch hitzige Debatten. Nicht zuletzt braucht es einen breiten gesellschaftlichen Wandel: Geschlechterstereotype müssen abgebaut werden. Eine langfristige Verbesserung wird es nur geben, wenn es auch einen gesellschaftlichen Wandel der Rollenbilder gibt.

17. Alle deutschen Kernkraftwerke sollen sofort geschlossen werden und nicht erst im Jahre 2022.

stimme zu +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#Atomausstieg:_Ende_der_Energiegewinnung_durch_Kernkraftwerke

Einen sofortigen Atomausstieg halten wir zwar nicht für möglich, sehen jedoch die Realisierung bereits 2016 gegeben.

18. Es soll ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen eingeführt werden.

stimme nicht zu +1

Beleg: PP NRW http://wiki.piratenpartei.de/NRW-Web:Positionspapiere#Ablehnung_eines_generellen_Tempolimits

Auf Bundesebene gibt es dazu keine Beschlusslage, die Tendenz geht eher in Richtung "Nein". Wir setzen uns für computergestützte, flexible Geschwindigkeitsbegrenzungen ein, die an Verkehrslage, Sicht- und Straßenverhältnissen sowie Wetterlage angepasst sind. Altmodische "Analogschilder", die auf diese Faktoren keine Rücksicht nehmen können, sind uns zu unflexibel.

19. Der Staat soll auch Landwirte unterstützen, die nicht biologisch anbauen.

stimme nicht zu +1

Beleg: <http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#Agrarsubventionen> und http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#St.C3.A4rkung_der_Landwirtschaft

Zwar setzen wir auf kleinteilige, ökologische Landwirtschaft, sehen jedoch die Notwendigkeit der Beibehaltung von Agrarsubventionen auch an nicht ökologisch nachhaltig agierende Landwirtschaftsbetriebe für eine Übergangsphase als gegeben an.

20. Die Einwanderung nach Deutschland soll generell stärker beschränkt werden.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg: http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Europa_braucht_wirtschaftliche_Migration und http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Migration_und_Inklusion

Die Piratenpartei schätzt unsere pluralistische Gesellschaft, die von der Vielfalt der verschiedenen Menschen lebt. Migration und Mobilität bereichern unsere Gesellschaft. Mobilität umfasst dabei ein größeres Konzept als Migration alleine, denn sie betrifft auch Kurzzeit-Besucher, Touristen, Studierende, Forschende, Geschäftsreisende oder Familienmitglieder auf Besuch. Wir setzen uns darum für eine mobilitätsfreundliche Visapolitik ein, die z. B. Lernen und Arbeiten von Menschen aus Drittstaaten erleichtert." & "Für ein liberales Aufenthaltsrecht"

21. Asylwerber sollen leichter Bleiberecht erhalten.

stimme vollkommen zu +1

Beleg:

https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Asylgr.C3.BCnde_erweitern_und_H.C3.BCrdn_f.C3.BCr_Aufenthaltserlaubnis_senken

Wir streben die vollständige Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl, „politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ (Art. 16 GG a. F.), an. Darüber hinaus müssen Menschen, die vor Diskriminierung, der Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität, vor Klima- und Umweltkatastrophen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe oder wegen Existenzbedrohung durch Armut und Hunger geflohen sind, hier ebenfalls als asylberechtigt anerkannt werden. Eine Hierarchisierung von Fluchtgründen lehnen wir ab. Außerdem lehnen wir pauschale Kategorisierungen von Staaten als „sichere Herkunftsländer“ ab. Schutzsuchende haben ein Recht auf individuelle Prüfung ihrer Situation. Bei der Prüfung, ob eine Berechtigung zum Asyl vorliegt, ist im Zweifel zu Gunsten der Asylsuchenden zu entscheiden. Dabei ist auf diskriminierende und inhumane Beweisverfahren zu verzichten.

22. Ausländer, die legal in Deutschland leben, sollen ihre Religion ohne Einschränkung ausleben können.

neutral +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#F.C3.BCr_die_Trennung_von_Staat_und_Religion

Freiheit und Vielfalt der kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen kennzeichnen die modernen Gesellschaften. Diese Freiheiten zu garantieren, ist Verpflichtung für das Staatswesen. Dabei verstehen wir Piraten unter Religionsfreiheit nicht nur die Freiheit zur Ausübung einer Religion, sondern auch die Freiheit von religiöser Bevormundung. Wir erkennen

und achten die Bedeutung, die individuell gelebte Religiosität für den einzelnen Menschen erlangen kann.

23. Straftäter nicht-deutscher Abstammung sollen abgeschoben werden, auch wenn sie einen deutschen Pass haben.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#F.C3.BCr_ein_Ende_von_Abschreibungen_und_Abschiebehaft

Wir setzen uns für ein generelles Ende von Abschiebungen und der Abschiebehaft ein. Abschiebung ist ein staatliches Mittel, welches nur mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden kann, die mit den Grundrechten und Menschenrechten in Konflikt stehen und einer demokratischen Gesellschaft unwürdig sind.

24. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist abzulehnen.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#Staatsangeh.C3.B6rigkeit_E2.80.93_mehrfach_und_durch_Geburt

Wir setzen uns für die Akzeptanz doppelter und mehrfacher Staatsangehörigkeiten ein, um die Hürde zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und des damit verbundenen Wahlrechts zu senken. Der Zwang zur Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit (Optionspflicht) entfällt. Menschen, die seit langem in Deutschland leben, sollen unabhängig von wirtschaftlichen Kriterien die Möglichkeit haben, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Dies ist Teil des Integrationsprozesses, nicht dessen Ziel. Wir setzen uns für ein bedingungsloses Recht aller in Deutschland geborener Menschen, egal welcher Abstammung, auf die deutsche Staatsangehörigkeit ein.

25. Die Bundeswehr sollte auch im Inneren zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt werden.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#Keine_Bundeswehr_im_Inneren

Die Piratenpartei lehnt den Einsatz der Bundeswehr im Innern ab. Ausgenommen sind rein humanitäre, unbewaffnete Einsätze zur Rettung von Menschen, Tieren und bedeutenden Sachwerten im Katastrophenfall.

26. Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen beendet werden.

stimme nicht zu +1

Beleg:

27. Die Online-Durchsuchung privater Computer durch Sicherheitsbehörden soll generell verboten werden.

stimme vollkommen zu +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#Freiheitspaket_verabschieden

Wie eine Vielzahl anderer Überwachungsgesetze lehnen wir auch eine Online-Durchsuchung durch Sicherheitsbehörden ab.

28. Deutschland soll den Euro abschaffen und die D-Mark wieder einführen.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg: implizit aus

https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Europ.C3.A4ische_Wirtschafts-_und_W.C3.A4hrungsunion

29. Um den Euro zu sichern ist es gut, dass Deutschland finanziell schwächere Euro-Staaten unterstützt.

stimme zu +1

Beleg: "Die Europäische Union kann ohne Solidarität nicht bestehen. Um die wirtschaftlich angeschlagenen Eurostaaten auf die Beine zu bringen, fordern wir PIRATEN daher einen „Marshall-Plan für Europa“ – ein Aufbau- und Investitionsprogramm", allerdings erfordern "weitere Schritte zur Integration der Eurozone [...] zwingend eine verstärkte demokratische Legitimation und Rechenschaftspflichten sowie die Ausweitung der parlamentarischen Kontrollrechte."

https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Europ.C3.A4ische_Wirtschafts-_und_W.C3.A4hrungsunion

30. Deutschland hat das Recht, andere europäische Länder zur Haushaltsdisziplin zu zwingen.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg:

31. Deutschland soll aus der EU austreten.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg:

https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Vision_f.C3.BCr_Europa

Wir bekennen uns zu einem vereinigten und demokratischen Europa. Ein EU-Austritt kommt für uns nicht in Frage.

32. Die Türkei soll vollwertiges Mitglied der EU werden.

neutral +1

Beleg: Wir haben ein LFQB mit JA, allerdings nur 64% und damit nicht angenommen:
<https://lqfb.piratenpartei.de/lf/initiative/show/1950.html>

Die bisherige, aber noch nicht abgeschlossene Meinungsbildung der Piraten befürwortet einen Beitritt der Türkei in die EU, den wir als Bereicherung empfinden würden. Die EU-Standards (Kopenhagener Kriterien) müssten im Rahmen der Beitrittsverhandlungen erfüllt werden. Das gilt besonders in Bezug auf demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Menschenrechte, Minderheitenschutz, Religionsfreiheit und die Lösung des Zypern-Konflikts. Zwar würden 64% Zustimmung in jeder Partei als ausreichend für eine vollständige Zustimmung angesehen, in der Piratenpartei jedoch nicht.

33. Sexualstraftäter sollen mit dem Tode bestraft werden.

stimme überhaupt nicht zu +1

Beleg: http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen/Bund/2013/Wahlprogramm#Ablehnung_der_Todesstrafe

Die Piratenpartei setzt sich im Sinne der Menschenrechte international für die Abschaffung der Todesstrafe ein.

34. Marihuana soll legalisiert werden.

stimme vollkommen zu +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Entkriminalisierung_der_Konsumenten

Der private Umgang mit Cannabis muss komplett entkriminalisiert werden. Anbau und Herstellung für den Eigenbedarf dürfen nicht bestraft werden. Riskanter Drogengebrauch muss durch Prävention entgegenwirkt, Risiko-Konsumenten und Schwerstabhängigen durch Therapieangebote geholfen werden. Dem Gesetzgeber obliegt es, einen effizienten Jugend- und Verbraucherschutz sicherzustellen.

35. Volksentscheide sollen auch auf Bundesebene eingeführt werden.

stimme vollkommen zu +1

Beleg:

http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#B.C3.BCrgerbeteiligung,

http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Einf.C3.BChrung_bundesweiter_Volksentscheide

Direkte Demokratie kann die Politik erheblich bereichern und Politikverdrossenheit eindämmen. Die Bürger sollen das Recht erhalten, eigene Vorlagen in einem dreistufigen Verfahren bis zur Volksabstimmung zu bringen. Darüber hinaus soll es die Möglichkeit geben, Gesetze, die vom Parlament verabschiedet wurden, noch zu stoppen, bevor sie in Kraft treten. Außerdem sollen Volksabstimmungen bei der Abgabe von Hoheitsrechten und bei Grundgesetzänderungen automatisch vorgesehen sein.